

Die Eingeborenenbevölkerung souveräner Staaten

In Deutschland, das weder Kolonien noch „Eingeborene“ besitzt, auch nicht Mitglied der Vereinten Nationen ist, fast unbeachtet, geht in den Tagungen und Sitzungen dieser Institution seit Jahren ein erbitterter Kampf der Kolonialmächte und der „jungen“ lateinamerikanischen, asiatischen und afrikanischen selbständigen Staaten vor sich. Sein Brennpunkt sind die Sitzungen des „Mandatsausschusses“ — womit eigentlich wieder einmal Deutschland und der Versailler Friedensvertrag Ausgangspunkt des Konfliktes sind. Denn dieser „Mandatsausschuß“ wurde schon im verflorenen Völkerbund eingesetzt, um die Mandatsmächte zu kontrollieren, die die deutschen Kolonien zur „Verwaltung“ erhalten hatten. Die UNO übernahm den Mandatsausschuß. Sie erweiterte jedoch seine Befugnisse. Er sollte das Recht bekommen, *überall* nachzuprüfen, Aufklärung zu verlangen und Untersuchungen anzustellen, wo *eingeborene Bevölkerungen* vorhanden waren. Damit wurden — ohne es zu wissen und meist ohne überhaupt etwas von dem Bestehen einer UNO zu ahnen — Millionen und aber Millionen Menschen Gegenstand der heftigsten Auseinandersetzungen, Spielball der widersprechendsten Angaben und Anklagen, Anlaß zu fanatischsten Bekenntnissen zum Kolonialbesitz. In der im Oktober 1955 abgehaltenen Tagung des „Untersuchungskomitees des Mandatsausschusses“ lehnte der Vertreter der belgischen Regierung *P. Rykmanns* erst wieder jede Auskunfterteilung über die Behandlung der Eingeborenen im Kongo strikt ab und gab die Erklärung ab, daß Belgien „niemals auf seine ganze und ausschließliche Souveränität über den Kongo verzichten werde“. Auch der Vollversammlung der Vereinten Nationen verweigerte er jedes Recht, sich um die eingeborene Bevölkerung des Kongos zu kümmern. Er erklärte: „Nichts in der Charta der UNO ermächtigt die Vollversammlung, sich mit Fragen der belgisch-kongolesischen Gemeinschaft zu beschäftigen.“ Dieser Standpunkt entspricht der noch schärferen Geste Frankreichs, das bekanntlich die Vollversammlung verließ, als ein Antrag durchging, sich mit dem algerischen Problem zu beschäftigen. Abgesehen davon, daß gerade der Kongo wohl mit zu den Gebieten gehört, die den größten Prozentsatz eingeborener Bevölkerung aufweisen und andererseits sehr großes weltwirtschaftliches Gewicht besitzen — Uran, Kobalt, Kupfer, Zink, Mangan —, ist der französisch-belgische Standpunkt um so unlogischer, als es den Kolonialmächten schon 1944 auf der Konferenz in Philadelphia gelungen war, den *selbständigen* Staaten mit eingeborenen Bevölkerungen die Zustimmung abzurufen, daß die Organe der UNO, vor allem das Internationale Arbeitsamt, sich mit dem Problem der eingeborenen Bevölkerungen auch in selbständigen Staaten beschäftigen. Es war • zweifellos ein großes und für die Kolonialmächte beschämendes Zugeständnis der nicht europäischen kleineren, jüngeren und gern über die Schulter angesehenen „exotischen“ Staaten, den internationalen Organen Einblick in ihre Eingeborenenpolitik zu gestatten. Das hat dazu geführt, daß gerade auf diesem Gebiete, in der Eingeborenenfrage in selbständigen Staaten, das IAA eine tüchtige, sachliche Forschungsarbeit leisten konnte, die auf weit höherem Niveau steht als die ewigen Prestige- und Machtkämpfe im Mandatsausschuß der UNO.

*

Jeder Versuch, über eingeborene Bevölkerungen zu schreiben, stößt auf zahlenmäßige und Maßstabsschwierigkeiten. Schon der Begriff „Eingeborene“ ist schwer zu fassen. Ist zum Beispiel ein afrikanischer Neger, der nach einer Schulerziehung (meist auf einer Missionschule) sich von seinem Stamm loslöste und als Arbeiter in einer modernen Plantage oder in einem modernen Industriebetrieb jahre- oder jahrzehntelang in einem zivilisierten, geldwirtschaftlichen Rahmen lebt, noch „Eingeborener“? Der Anthropologe und Rassenforscher wird mit „Ja“ antworten, der Wirtschaftler und Sozialforscher mit „Nein“. Die Inter-

nationale Arbeitsorganisation hat versucht, den Begriff „Eingeborener“ zu definieren. Die Definition lautet: „Eingeborene sind die Nachkommen der Urbevölkerung, die ein bestimmtes Land in der Epoche der Kolonisierung oder Eroberung bewohnten und die noch heute im Einklang mit den sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Einrichtungen der Zeit vor der Kolonisation oder Eroberung leben, statt sich in die Kultur der Nation, zu der sie gehören, einzugliedern.“:

Diese Begriffsbestimmung ist zweifellos annehmbar. Sie kann für beide durch die hohe internationale Politik getrennten Eingeborenensektionen gelten, wobei nur darauf hinzuweisen wäre, daß es meist oder zum mindesten oft nicht an den Eingeborenen selbst lag, wenn sie sich in die Kultur (und Wirtschaft) der Nation, „zu der sie gehören“, nicht eingliederten. Meist war die letztere zu schwach und waren wirtschaftliche wie geographische Schwierigkeiten zu groß, um die Urstämme einzugliedern. Das gilt vor allem für die Eingeborenen der selbständigen Staaten. Die Eingeborenen der Kolonialgebiete wurden jedoch (zum mindesten bis zum zweiten Weltkrieg) oft gewaltsam an der Eingliederung gehindert. Der Eroberer hatte ein Interesse am Bestehen eines Proletariats von Eingeborenen, an einem Rekrutendepot für billige, aller sozialen und demokratischen Rechte beraubten Arbeitskraft, der die Menschenwürde aberkannt wurde und — deren natürliche Unkultiviertheit gerade das richtige „Menschenmaterial“ für Eingeborenentruppen ergab.

Die Begriffsbestimmung hellt jedoch wenig den Nebel auf, der über der numerischen Stärke der Eingeborenengruppe und ihrer Verteilung liegt. Dem Internationalen Arbeitsamt ist volle Anerkennung dafür zu zollen, daß es nicht einfach, wie es leider die Landwirtschafts- und Ernährungsorganisation (FAO) und andere UNO-Organen tun, die Rechenmaschine in Bewegung setzt und leichtfertig Größe und Stärke von Weltbevölkerungen usw. bekanntgibt, von denen nur sicher ist, daß sie mit der Wirklichkeit nichts zutun haben. Das Internationale Arbeitsamt gibt zu, daß z. B. die Zahl der Eingeborenen des amerikanischen Kontinentes auf 14 Millionen geschätzt wird, aber auch 30 Millionen betragen mag! Noch unmöglicher ist es, die zahlenmäßige Stärke der Eingeborenenbevölkerung in Asien festzustellen. Hier wurden junge Staaten wie Indonesien, Birma, Ceylon, Indien und die Philippinen erfaßt. Dazu machten Afghanistan, Thailand und Japan ihre Angaben. Fast überall jedoch handelt es sich um Schätzungen, denn — vielleicht von Japan und Indien abgesehen — verfügt keines dieser Länder über zuverlässige Volkszählungen. Hier wie in Lateinamerika gibt es noch weite Gebiete, die kartographisch nicht vermessen und in denen „Standesämter“ für Geburten und Todesanmeldungen unbekannt sind.

Vor allem aber sind die drei „selbständigen“ Staaten, die in *Asien* sicher ein Vielfaches der eingeborenen Stämme der erfaßten Länder bergen, überhaupt außerhalb geblieben: das asiatische Rußland, Tibet und China. Man weiß aus Schilderungen von Flüchtlingen aus Sibirien, daß der Sowjetstaat die verhältnismäßige Autonomie, welche das Zarenreich den Mongolenstämmen in Asien zugestanden hatte, nicht beachtete, sondern mit allen Mitteln versuchte, sie zu sowjetisieren. Es wird von Metzeleien berichtet, denen ganze Lager zum Opfer fielen, von Massentötungen der Erwachsenenbevölkerung und gewaltsamer Verschleppung der Kinder in kommunistische Zwangserziehungsheime. Man weiß, daß kommunistische Siedlungen errichtet wurden, deren Männer sich gewaltsam mongolische Mädchen nehmen durften, das sowjetische Gegenspiel der nazistischen „Rassenreinhaltung“. Man weiß, daß der Abenteurer *Trebitch-Lincoln* und die Tschechenarmee auf ihrem Rückzug durch Sibirien Dörfer niedergebrannt, geraubt und gemordet haben, wo sie Widerstand fanden oder nur befürchteten. Gewiß gibt es ein riesiges Gebiet, der ganze Nordosten Sibiriens, das noch heute fast unbewohnt sein dürfte. Trotzdem bildet das Asien unter sowjetischer Herrschaft für jeden Versuch, die „Eingeborenen“ der Welt zu zählen, ein riesiges Fragezeichen.

Afrika besitzt wenig selbständige Staaten. Abessinien, Liberia, Libyen und die Südafrikanische Union meldeten sich beim IAA als solche. Zusammengenommen wurden 13 Millionen Eingeborene geschätzt. Einigermassen dürfte die Zahl von 8,5 Millionen stimmen, welche die Südafrikanische Union angibt. Die Negerrepublik Liberia gibt entschuldigend selbst zu, daß man nicht imstande sei, eine genaue Volkszählung vorzunehmen, Abessinien schätzt nur „in runden Zahlen“, Liberia ist nicht sicher, wieviel der Sahara-Nomaden sich als zu Liberia gehörend, wieviel sich als unter französischer oder ägyptischer Herrschaft stehend betrachten. Ägypten und der Sudan schweigen. Berücksichtigt man jedoch, daß der weitaus größte Teil dieses Kontinentes noch Kolonialbesitz ist, so kann man auch ohne genauere Zahlenangaben — die nicht möglich sind — behaupten, daß Afrika der Kontinent ist, der den größten Prozentsatz eingeborener Völkerschaften der Gruppe „nichtselbständiger Gebiete“ stellt. In den Kolonien und Mandatsgebieten Englands, Frankreichs, Portugals, Belgiens und Spaniens lebt wohl überhaupt der größte Prozentsatz, wenn nicht die absolute Mehrheit der eingeborenen Bevölkerung der Welt.

Ist schon insofern der Schlag vorbeigelungen, den die Vertreter der Kolonialmächte in der UNO zu führen gedachten, als sie prüfen ließen, wie viele „Eingeborene“ noch im Innern ihres Landes leben, so zeigten die Feststellungen des Internationalen Arbeitsamtes auch, daß viele dieser Länder mit umfangreicher Gesetzgebung anstreben, das Eingeborenenproblem zu bewältigen. Das gilt vor allem für Lateinamerika, mehr noch für Nordamerika, wo sich anscheinend der noch mit seinem Stamm lebende Indianer heute eines größeren wirtschaftlichen und sozialen Schutzes erfreut als der Staatsbürger im allgemeinen. Die ungeheuer vielfältigen Schwierigkeiten, die einer Lösung des Eingeborenenproblems entgegenstehen, prägen sich in den Gesetzen, Verordnungen und Maßnahmen der asiatischen und afrikanischen Staaten noch sehr viel deutlicher aus als in den lateinamerikanischen. Weniger ein schlechter Wille als wirkliche historisch begründete religiöse, moralische und politische Buntfarbigkeit verhindert, daß man die Behandlung des Eingeborenenproblems auf einen oder wenige Generalnenner bringen kann. Indien, Indonesien, Iran, Ägypten und Abessinien zählen unter ihren Eingeborenen Gruppen, denen man fast eine eigene „Nationalität“ oder einen eigenen staatlichen Charakter zusprechen möchte — so barbarisch und absolutistisch ihre (meist ungeschriebenen Gesetze) auch sind. Sicher werden einige von ihnen im Laufe der Entwicklung nationale Selbständigkeit fordern — wie sie jetzt schon gegen staatliche Kontrollen und Maßnahmen angehen: mit dem Schießgewehr, das oft das einzige „Werkzeug“ der Zivilisation ist, das sie kennen.

Man kennt aus den Berichten der Forscher und Missionare die barbarischen Strafen und Torturen, die Häuptlinge und Zauberer noch verhängen. Man weiß, daß die Tötung „überzähliger“ Neugeborener noch bei vielen Naturstämmen die Regel ist, daß das Mädchen Handelsobjekt, die Frau (oft auch gewisse Jünglingsgruppen) Sklavin ist, daß der „Zehnte“ von Ernte und Viehzucht ebenso rücksichtslos und gewaltsam eingetrieben wird wie z. B. in Sowjetrußland. So gut es aussieht, daß z. B. Indien, Pakistan, Syrien den Stämmen der Urbevölkerung eine gewisse Zahl von Parlamentssitzen einräumen, sowenig bedeutet das, daß die Mitglieder dieser Stämme ihre Vertreter demokratisch wählen dürfen. Ebenso wenig besagen immer die Landesreservierungen, die diesen Stämmen zugestanden sind, eine Bodenreform zugunsten des „kleinen Mannes“. In Lateinamerika sind diese Widersprüche nicht so groß. Man kann der spanischen Kolonialherrschaft und der auf sie folgenden Feudalherrschaft der Kolonien, die sich losgelöst haben, manches vorwerfen. Auf ihrer Plusseite steht die Brechung des Absolutismus der Indiohäuptlinge und die Durchsetzung christlicher Moralbegriffe — soweit man überhaupt ins Innere vordringen konnte.

Die Untersuchungen des IAA, die Berichte von Asien- und Lateinamerikareisenden und Veröffentlichungen der verschiedensten Regierungen zeigen, wie ungeheuer unterschiedlich das Problem der Eingeborenenvölker ist, politisch, wirtschaftlich, sozial und kulturell. Sie zeigen weiter, daß die alten Formen und Ordnungen, so barbarisch sie auch sind, in vielen Fällen doch eine ungeheure Macht verkörpern, so daß auch beim besten Willen und dem demokratischsten Charakter der betreffenden Regierung sich die Notwendigkeit stellen kann, Gewalt gegen Gewalt zu setzen.

*

Die Rolle der Gewerkschaften und der internationalen Gewerkschaftsbewegung kann bei der Vielfarbigkeit und der regionalen Abgelegenheit der heutigen Eingeborenengebiete naturgemäß nicht die sein, das Eingeborenensproblem allein lösen zu wollen. Seine politischen und noch mehr kulturellen und moralischen Seiten liegen zu einem großen Teil außerhalb des gewerkschaftlichen Arbeitsgebietes. Der einleuchtende Weg wäre die den lokalen Verhältnissen angepaßte behutsame und verständnisvolle Überleitung der Eingeborenengruppen in die zivilisierte Welt ihres Staates, sei dieser selbständig oder koloniales Gebiet. Dazu müßten auch die Gewerkschaften des Landes eingesetzt werden — aber nicht überall gibt es solche und nicht überall trägt der Staat oder die Kolonialverwaltung den demokratisch-sozialen Charakter, der Vorbedingung einer solchen Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften ist. Dazu kommt der skrupellose Mißbrauch des Eingeborenensproblems durch die Kommunisten, aber auch durch großkapitalistische Gruppen. Auch solche verstehen noch heute, Eingeborenengruppen in Bewegung zu setzen, um sich Petroleumquellen oder Mineralvorkommen zu sichern.

Trotzdem und gerade deswegen sind die internationale Beachtung und das Anstreben gewisser internationaler Grundsätze — die dann in die Eingeborenengesetzgebung der betreffenden Staaten einzugehen hätten, von großem Gewicht. Es gilt die rechten Wege zu öffnen — ob sie beschritten werden, hängt von den Verhältnissen an Ort und Stelle ab. Worauf es dabei auf dem Tätigkeitsfeld der Gewerkschaften, dem wirtschaftlichen und sozialen Gebiet ankommt, hat die Internationale Arbeitsorganisation nach ihrer jahrelangen Untersuchung des Eingeborenensproblems recht gut in einigen markanten Sätzen niedergelegt. Sie sagt:

„Unbestreitbar muß eines der Hauptziele in den wirtschaftlichen Entwicklungsprojekten für die von Eingeborenen bewohnten Gebiete die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen sein. Unter den sich dabei stellenden Aufgaben treten — je nach Gebiet oder Land — hervor: die bedrängte Lage der Eingeborenengemeinschaften in bezug auf Besitz und Gebrauch des Bodens, das Fehlen oder der Mangel praktischer Möglichkeiten der Berufsausbildung für die eingeborenen Arbeiter, die irrationelle Verwendung der eingeborenen Arbeitskraft und der Mißbrauch, der dem Fehlen einer Kontrolle der Anwerbung und einer ungenügenden Überwachung ihrer Arbeitsbedingungen entspringt, der technische Rückstand gewisser Handwerker und Wirtschaftszweige der Eingeborenen und das Fehlen oder die Unvollständigkeit der Mittel für ihren Schutz und Ausbau, die Unzulänglichkeit oder das völlige Fehlen sanitärer und sozialer Dienste in vielen Eingeborenengebieten und verschiedene Erziehungs- und sprachliche Aufgaben.“

So allgemein diese Formulierungen auch sind, so weisen sie doch darauf hin, worauf es, vom wirtschaftlichen und sozialen Standpunkt aus, bei der Lösung des Eingeborenensproblems ankommt. Sie zeigen recht gut, wo und wie die Gewerkschaftsbewegung bei der Lösung der Eingeborenensfrage mitarbeitend einsetzen kann. Sie lassen jedoch auch durchblicken, daß es sich nicht zuletzt um politische Entscheidungen handelt und daß finanzielle und steuerliche Maßnahmen notwendig sind, die die Kräfte vor allem vieler junger oder selbst „wirtschaftlich unterentwickelter“ Staaten übersteigen.